

Frauen und Privatisierung



Frauen leiden unter den Folgen des neoliberalen Wirtschaftssystems, vor allem unter Privatisierungen, stärker als Männer. Das hat folgende Gründe:

Geringere Wettbewerbsfähigkeit: Da Frauen noch immer überwiegend mit der Haushalts- und Betreuungsarbeit belastet sind (das Kinderbetreuungsgeld geht z.B. nur zu 3,3% an Männer), gelangen Frauen im gnadenlosen Konkurrenzkampf des freien Marktes gegenüber Männern ins Hintertreffen. Kinderbetreuungseinrichtungen, besonders solche für Kleinkinder bis zu 3 Jahren, gibt es in Österreich noch nicht flächendeckend.

Weniger Arbeitsplätze: Privatisierungen von sozialen Einrichtungen führen dazu, dass öffentliche Dienstleistungen gekürzt und Stellen abgebaut werden und dass die privaten Dienste, die kosteneffizient wirtschaften müssen, schlechtere Bedingungen bieten. Frauen arbeiten laut Frauenbericht der AK vorrangig in solchen Jobs: jeweils zwischen 77 und 61% im Gesundheits- und Sozialwesen, im Bildungswesen, in der Verwaltung und im übrigen Dienstleistungssektor (Versicherungen, Banken, Tourismusindustrie etc.). Wenn solche Institutionen „verschlankt“ werden, sind daher vor allem Frauen vom Abbau betroffen, oder sie müssen geringere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen (bezüglich Überstunden, Urlaub, höherem Arbeitsdruck) hinnehmen.

Keine Gleichstellung: Private Unternehmer müssen sich nicht unbedingt an die Gleichstellungsgrundsätze des Staates halten, die besagen, dass bei gleicher Qualifikation vorrangig Frauen anzustellen sind, weil diese bisher benachteiligt waren.

Zunehmende Einkommensschere: Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern weitet sich wieder stärker aus. Die früheren Benachteiligungen kehren zurück.

Prekäre Arbeitsverhältnisse: Vor allem aber nehmen die prekären Arbeitsverhältnisse im Vergleich zu gesicherten Vollzeitarbeitsplätzen in der Privatwirtschaft zu: so genannte atypische, prekäre Beschäftigungen wie Teilzeit oder Leiharbeit, befristete oder geringfügige Beschäftigungen, Telearbeit, Arbeit auf Abruf, bei flexiblierter Arbeitszeit oder auch Scheinselbständigkeit. In Österreich lag die Teilzeitquote lt. AK-Bericht bei 20,2%. Von diesen Erscheinungen sind überwiegend Frauen betroffen: 38,7% der beschäftigten Frauen arbeiten in Teilzeitjobs, aber nur 17% davon freiwillig und 40 % wegen Betreuungspflichten.

Rückgang öffentlicher Dienste: Frauen sind auf öffentliche Dienste stärker angewiesen als Männer: z.B. auf medizinische Dienste wegen ihrer reproduktiven Aufgaben und wegen ihrer Kindern und älterer, behinderter oder kranker Angehöriger, die sie versorgen; auf Betreuungseinrichtungen wie Pflegeanstalten, Krippen, Kindergärten – wenn diese zu teuer werden, müssen Frauen diese Arbeiten zusätzlich daheim übernehmen; auf den öffentlichen Verkehr, vor allem abseits der Ballungsräume, denn Frauen haben aufgrund ihrer geringeren Einkommen seltener Autos zur Verfügung als Männer; auf nahe gelegene Postämter, wenn Telekommunikation fehlt, usw.

Privatisierung wirkt sich doppelt und stärker auf Frauen aus: Durch verminderte Jobchancen und Verschlechterung und/oder Verteuerung der benötigten Dienste.

Literatur: Atzmüller/Christoph, Liberalisierung u. Privatisierung öffentl. Dienstleistungen, WISO 27/4 2004
AK FRAUENBERICHT 1995-2005, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Feb. 2006